

P R E S S E M E L D U N G

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss fordert wirksame Umsetzung der Säule sozialer Rechte auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten

Berlin/Brüssel, 30.9.2019. Am 25.09.2019 hat das Plenum des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), die Initiativstellungnahme von Prof. Bernd Schlüter, Vertreter der BAGFW im EWSA, zur Umsetzung und Evaluierung der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR), verabschiedet.

„Europa braucht ein gutes Verhältnis zwischen freiem Markt und sozialpolitischer Rahmensetzung“ so der Berichterstatter Prof. Dr. Bernd Schlüter, der von der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland benannt ist. Davon hänge auch die Akzeptanz der EU und der Politiken der Mitgliedstaaten ab. In der Stellungnahme SOC 614 wird auf bisherige sozialpolitische Erfolge der EU aber auch auf die enorme Kluft zwischen arm und reich, die Ausgrenzung benachteiligter Gruppen und die großen Unterschiede bei den Lebenschancen insbesondere der jungen Menschen und Europa hingewiesen. Die Armutswanderung in Europa sei so nicht mehr hinnehmbar. Extreme Unterschiede in der Leistungsfähigkeit von Sozialsystemen schädigten auch den fairen Wettbewerb und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Insofern gebe es neben dem Gedanken der Solidarität auch handfeste Interessen der weiter entwickelten Sozialstaaten wie Deutschland und Schweden. Fundamentale Rechte seien nicht überall verwirklicht und am Ende des Prozesses müssten durchsetzbare soziale Rechte aller Unionsbürger/innen stehen.

Dies könne verwirklicht werden durch politische Programme der EU für Reformen in den Mitgliedstaaten, durch eine Stärkung der Tarifvertragssysteme aber auch durch legislative Maßnahmen auf EU Ebene zu Schaffung allgemeiner rechtlicher Rahmungen mit Mindeststandards.

Dabei ist die Kompetenzordnung, die Tarifautonomie und die Vielfalt der mitgliedstaatlichen Systeme zu berücksichtigen. „Insbesondere bei den Grundsicherungssystemen in Kombi mit aktiver Arbeitsmarktintegration, beim Mindestlohn und bei den Chancen junger Menschen müssen wir jetzt vorankommen“, so Schlüter. „Wenn wir Menschen verhungern lassen, dann hat das mit den Werten der EU und den Vertragszielen nichts mehr zu tun. Bedauerlich ist, dass die Arbeitgeber im Ausschuss sozialpolitisch eher zurück als voran gehen wollen.“

Die Reformempfehlungen des EU Semesters müssten stärker auf die soziale Säule ausgerichtet werden, die Fonds und die Stabilitätspolitik ebenfalls entsprechend angepasst werden.

Der EWSA ist ein beratendes Gremium, das Vertretern der sozialen und beruflichen Interessengruppen Europas und anderen eine formelle Plattform bietet, um ihre Standpunkte zu EU-Fragen darzulegen. Seine Stellungnahmen sind an den Rat der EU, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament gerichtet. Der EWSA hat nach den EU-Verträgen ein sog. „Anhörungsrecht“. Er spielt daher eine Schlüsselrolle im Entscheidungsprozess der Union. Der EWSA hat 350 Mitglieder, die sich aus wirtschaftlichen und sozialen Interessengruppen aus der gesamten EU zusammensetzen. Die Mitglieder werden vom Rat der Europäischen Union für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt.